

Alternativ oder neokonservativ? Mehrdeutigkeiten der Sozialstaatskritik

Prof. Dr. Arno Klönne, geb. 1931 in Bochum, studierte Politikwissenschaft und Soziologie in Köln und Marburg, war Dezernent für Jugendpflege beim Land Hessen, dann im Hochschuldienst und ist derzeit Professor für Soziologie an der Universität/Gesamthochschule Paderborn.

Schon zu Zeiten der sozialliberalen Regierungspolitik in Bonn zeichnete sich ab, daß wirtschaftliche Krisenerscheinungen und Engpässe im öffentlichen Haushalt die sozialen Leistungen des Staates schmälern würden, und es war nicht zuletzt die Kontroverse um die Frage, in welchen Bereichen der Sozialpolitik und zu wessen Lasten solche Kürzungen am ehesten geschehen könnten, an der die alte Koalition auseinanderbrach. Insofern war der „Sozialabbau“ bereits eingeleitet, bevor noch die Unionsparteien die Führung der

Bundesregierung übernahmen. Die Wende lag und liegt in dieser Hinsicht in der Rigorosität, in dem mehr strukturellen Zugriff, mit dem sozialstaatliche Errungenschaften wieder rückgängig gemacht werden. Noch mehr aber brachte der Machtwechsel auf der Regierungsebene einen Wechsel in den programmatischen Leitbildern der Politik, in der ideologischen Intervention von Seiten des Staates und der regierungstragenden gesellschaftlichen Kräfte mit sich. Nicht von ungefähr war die Beschwörung eines neuen Subsidiaritätsprinzips der Kernbestand der Regierungserklärung des Kanzlers Kohl im Mai 1983: „Was der einzelne für sich entscheiden kann, darf der Staat nicht an sich ziehen“, hieß es dort. Wenn die niedersächsische CDU eine Kampagne zur „Privatisierung der Sozialhilfe“ ablaufen läßt und denjenigen, die durch „Selbsthilfe“ staatliche Sozialkosten ersparen, ein Kaffetrinken mit dem Ministerpräsidenten des Landes als Preis verspricht, so mag dies kurios erscheinen; die Verhaltensappelle aber, die sich mit solchen Propagandafeldzügen verbinden, sind alles andere als spaßhaft: „Lassen Sie sich nicht den Sozialstaat vorschreiben, seien Sie selbst sozial! Besinnen Sie sich darauf, freier Bürger eines freien Landes zu sein!“

Die Politik, für die hier Akzeptanz hergestellt werden soll, läuft in vielen Wegen auf dasselbe Ziel hinaus: Es geht um die Privatisierung der sozialen Risiken des Wirtschaftssystems, um die Reindividualisierung von Vorkosten und Folgekosten eines Warenmarktes (die Ware Arbeitskraft eingeschlossen), der an Grenzen der Expansion und der Kapitalverwertung gestoßen ist. Die westdeutsche Gesellschaft soll wieder an den „rauen Wind“ der Konkurrenz der Individuen gewöhnt werden, an die Härten der „Leistungsgesellschaft“, auch daran, daß manch einer und manch eine dabei auf der Strecke bleiben, sei es nun beim Kampf um die knapp werdenden Arbeitsplätze oder in der Bildungs-„Laufbahn“ oder bei der Rivalität um einen günstigen Platz in der sozialen Versorgung. Nicht zuletzt geht es um die „Flexibilisierung“ der unternehmerischen Verwendung von Arbeitskraft und um arbeitsrechtliche „Gelenkigkeit“ oder sozialpolitische „Entschlackung“, die den abhängig arbeitenden Individuen bei der Anpassung an unsichere Arbeitsverhältnisse, an Teilzeitarbeit, neue Heimarbeit, Fristarbeit und an zeitweilige oder andauernde Arbeitslosigkeit „auf die Sprünge helfen“ sollen.

Ideologische Berührungspunkte

Nun wäre es recht unwahrscheinlich, daß eine solche Erneuerung manchesterkapitalistischer Gesellschaftsmuster politische Chancen hätte, wenn sie nicht auf weitverbreitete Stimmungen rechnen könnte, deren Herkunft durchaus nichts mit Kapitalverwertungsinteressen zu schaffen hat. Die vielfach (freilich nicht sehr treffend) als „neokonservativ“ bezeichnete ideologische und

faktische Demontage des öffentlichen und kollektiven Systems sozialer Sicherung hat einen Teil ihrer Schubkraft zweifellos darin, daß bei bestimmten Schichten der von abhängiger Arbeit existierenden oder sich auf solcherart Arbeit vorbereitenden Bevölkerung ein Unbehagen am „Sozialstaat“ und zugleich an den Strukturen der „organisierten“ Arbeitsgesellschaft sich ausbreitete, wobei in dieser „Sozialstaatskritik“ sich unterschiedliche, mitunter auch gegensätzliche Motive und Vorstellungen vermengen. Insofern deutet sich eine politische Gefahr an, die Marie-Luise Weinberger auf den Begriff der „unheiligen Allianz zwischen Sozialromantikern und Sparkommissaren“ gebracht hat.¹

Wo liegen Berührungspunkte zwischen „alternativer“ und neokonservativer Sozialstaatskritik?

Die „neuen sozialen Bewegungen“ wenden sich gegen die Verstaatlichung und Bürokratisierung von Lebensvollzügen, die historisch auch immer Zentralisierung hieß; sie drücken Bedürfnisse nach Selbstbestimmung in überschaubaren sozialen Zusammenhängen aus. Von daher geraten sie notwendig in eine Konfliktstellung zum staatlich-bürokratischen Typus der Verwaltung sozialer Probleme, auch in eine kritische Position zu der damit verquickten kollektiven Organisation sozialer Interessen.

Die „Schnittmenge“ zwischen neokonservativer und „alternativer“ Kritik an der Sozialstaatlichkeit und an der Rolle der sozialen Großorganisationen darf nicht als Übereinstimmung in den Zielperspektiven mißdeutet werden. Die Neokonservativen wollen zwar den Staat von sozialen Leistungen und Ansprüchen entlasten und dabei zugleich die Gewerkschaften schwächen, aber sie haben dabei keineswegs einen Bedeutungsverlust staatlicher Autorität überhaupt im Sinne, schon gar nicht eine Gesellschaft „freier Gemeinden“. Die neuen sozialen Bewegungen hingegen denken durchweg anti-etatistisch, anti-zentralistisch, und dies nicht nur für den Sektor der Sozial- oder Arbeitspolitik. Hinzu kommt, daß die Neokonservativen das „Industriesystem“ selbst nicht in Frage stellen, sondern es vielmehr von sozialstaatlichen und sozialkollektiven „Hemmungen“ befreien wollen; während bei den neuen sozialen Bewegungen zweifellos eine mehr oder weniger radikale Kritik an der hochindustriellen Produktionsweise vorherrscht.

Dennoch ist zu untersuchen, ob und inwieweit diese beiden ideologischen Strömungen in ihrer Wirkung auf das öffentliche Bewußtsein womöglich teil-

¹ Zu den Risiken, die sich mit dem Abrücken vom Konzept des Sozialstaats verbinden, vgl. auch: Klaus Deimer u. a. . . Selbsthilfe in der Sozialpolitik - ein Lösungsansatz? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 24/83. 27. 7. 1983. S. 14 ff; Wolfgang Beywl u. Hartmut Brombach. Neue Selbstorganisationen - Zwischen kultureller Autonomie und politischer Vereinnahmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 11/84. 17. 3. 1984. S. 15 ff.

weise zusammenwirken, in bestimmten Momenten gleichlaufende Stimmungen erzeugen oder Erwartungen hervorbringen, die dann für neokonservative Politik umsetzbar werden.²

Verwertbares Unbehagen

Zeitlich etwa parallel zur Verknappung der „formellen“ Arbeitsplätze entwickelte sich im alternativen Milieu eine Argumentation, wonach sinnvolle Tätigkeit ohnehin nur in der „informellen Ökonomie“ zu realisieren sei, fernab von den entfremdenden Arbeitsverhältnissen der industrialisierten Produktion oder der Dienstleistungstechnologie. „Selbstverwaltete Betriebe“ kleinen Zuschnitts, „neue Selbständigkeit“ im Handwerk oder im Freizeit- und Kulturbetrieb und Landsiedlungen mögen hier als Stichworte für alternative Wirtschaftsexperimente stehen, für Selbsthilfeprojekte, in denen ein weites Spektrum der Motive der Beteiligten zu finden ist, das von sozialen Utopien einer Assoziation freier Produzenten bis hin zum resignierten Zugriff auf den Alternativbetrieb als Notbehelf reicht.

Solche Versuche enthalten Chancen, die wiederum in der Spannweite vom praktizierten Genossenschaftsgedanken bis zur kompensatorischen Arbeitsplatzbeschaffung liegen, - aber steckt nicht in dieser „informellen Ökonomie“ (und dabei mehr in ihrer sozialpropagandistischen oder sozialwissenschaftlichen Stilisierung als in ihrer Praxis) auch ein Moment der argumentativen Entlastung des Staates und der Unternehmenswirtschaft vom Druck der strukturellen Arbeitslosigkeit, oder besser gesagt: von öffentlichen Ansprüchen auf ein „Recht auf Arbeit“? Kann nicht die inzwischen weitverbreitete Rede von der „Sinnentleerung“ der formellen Arbeit ungewollt den arbeitsmarktpolitischen Spielraum derjenigen erweitern, die eine hohe Rate von Dauerarbeitslosigkeit als Strategie zur Minderung der Lohnkosten in ihrem Kalkül haben?

Ein anderes Beispiel: Im Zusammenhang der neuen sozialen Bewegungen ist vielfach die Kritik am Sozialstaat als konkrete Auseinandersetzung mit inhumanen Praktiken der medizinischen Versorgung, der etablierten Therapie, der Jugendfürsorge und Altenpflege formuliert worden, auch als Auseinandersetzung mit öffentlichen Einrichtungen der Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Alternativ dazu sind vielfältige soziale Selbsthilfegruppen entstanden; Kritik und Gegenentwürfe in diesem Bereich haben zumeist viel Vernünftiges für sich. Aber die ideologische Umsetzung dieser Alternativen zur sozialen „Fürsorge“ des Staates dient zugleich der Legitima-

² Im größeren Zusammenhang sind die folgenden kritischen Hinweise ausgeführt in meinem im Herbst erscheinenden Buch: *Zurück zur Nation? Kontroversen zu deutschen Fragen*. Köln 1984 (Diederichs Verlag)

tion der Spar- und Kürzungspolitik im Gesundheits- und Sozialbereich, in der Jugend- und Bildungsarbeit. Der materielle Eingriff, die Umdisposition der vom Steuerzahler eingezogenen öffentlichen Gelder zugunsten kapitalbegünstigender Haushaltstitel wird mit dem Argument gerechtfertigt, die wohlfahrtsstaatliche Versorgung sei als System ohnehin nicht positiv aufgenommen worden, - die Betroffenen selbst zögen die „Entsorgung“ vor.

Für beide genannten Bereiche gilt, daß die „Selbsthilfe“ oder „informelle Ökonomie“ vielfach nur funktioniert, weil die dort Tätigen ihre Arbeitskraft weit über die „formell“ im Durchschnitt übliche Arbeitszeit hinaus und weit unter dem dort erreichten Lohnniveau einsetzen und den Projekten oder Eigenbetrieben private Subventionen zufließen. Auch an diese Erfahrungen knüpft die neokonservative Argumentation für ihre Zwecke an: Zeigt sich hier nicht, daß die Menschen zu höheren Leistungen bei geringerer Bezahlung bereit sind, als die Gewerkschaften es zulassen möchten? Und erweist sich nicht, daß private Hilfeleistung über Arbeitslosigkeit notfalls hinwegzuhelfen vermag?

Ein drittes Beispiel: Die in den neuen sozialen Bewegungen sich artikulierende Kritik an der herrschenden „formellen“ Arbeitsgesellschaft wendet sich gerade auch gegen die Zeitökonomie, der die in Fabrik und Büro Arbeitenden unterworfen sind, gegen die Rigidität der Tages-, Jahres- und Lebenszeitregelungen im Arbeitsleben, gegen die zeitlich starre Aufteilung von Privat- und Arbeitssphäre, die die negativen Folgen der räumlichen Trennung von „Privatleben“ und Beruf noch verschärft. Mit dieser Kritik verband sich die Forderung nach flexiblen Arbeitszeiten, nach Job-sharing, nach Teilzeitarbeit. In demselben Problemzusammenhang tauchte in der neuen Frauenbewegung zum Teil die Idee auf, daß - abgesehen von der Einbindung in geschlechtsspezifische Herrschaftsverhältnisse - die Strukturform der Hausfrauenarbeit auch positive Momente enthalte; die zeitlichen Dispositionsmöglichkeiten seien dort größer, der Wechsel oder die Verbindung von Arbeit und Leben sei weit aus leichter, vielleicht deute sich darin sogar ein durch das Industriesystem nur unterdrückter Typus selbstbestimmter Tätigkeit an.

Auch solche Argumente sind neokonservativ verwertbar: Entspricht nicht den da zutretenden Wünschen und Bedürfnissen die derzeit auf breiter Front von Regierung und Unternehmerschaft vorangetragene Offensive zur Lockerung der Arbeitszeitregelungen, zur Ablösung vom Tarifsystem, zur Vergabe von Arbeitsaufträgen an außerbetriebliche „Mitarbeiter“ oder, mehr noch, „Mitarbeiterinnen“? Kommt nicht das unternehmerische Herabdrücken von Arbeitsverhältnissen auf befristete Einstellung oder auf halbe Stellen „postmaterialistischen“ Orientierungen der Betroffenen entgegen? Ist viel-

leicht sogar die Rückverweisung von Frauen auf häusliche Tätigkeit im Grunde im Interesse derjenigen Frauen, die mit der Abkehr vom „männlichen Industriesystem“ nun Selbstverwirklichung in spezifisch „weiblichen Tätigkeitsformen“, im „sanften Weg der Arbeit“ suchen? Und bietet nicht dort, wo Zuverdienst materiell unumgänglich ist, die neue Heimarbeit „frauengerechte“ Beschäftigung?

„Postmaterialismus“ und antigewerkschaftlicher Affekt

Und ein letztes Beispiel: In den neuen sozialen Bewegungen werden die Gewerkschaften vielfach als integraler Bestandteil des hochentwickelten Industriesystems, als geprägt von den zentralistisch-bürokratischen Strukturprinzipien einer organisierten, verrechtlichten und verwalteten Welt sozialer Beziehungen empfunden, wofür die gesellschaftliche Realität genügend Anhaltspunkte bietet. Aber ist dann nicht das neokonservative Argument plausibel, daß ein Zurückdrängen der gewerkschaftlichen Organisationsmacht und insbesondere eine Ablösung vom kollektiv-tariflichen Vertretungsmonopol der Gewerkschaften für die Regelung von Arbeitsverhältnissen freiheitsfördernd seien? Grundsätzlicher noch: Sind nicht die Gewerkschaften mit ihren sozialstaatlichen Postulaten und ihrer Forderung nach dem „Recht auf Arbeit“ die eigentlichen Verfechter einer lebensfeindlichen, arbeitsfixierten „produktionistischen Logik“, weitaus eher reaktionär als jene Unternehmer, die sich flexibel auf das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ einstellen?

Die Beispiele für derlei Mehrdeutigkeiten der aus den neuen sozialen Bewegungen oder mehr noch aus deren publizistischem Überbau kommenden Kritik am Sozialstaatsmodell ließen sich ausweiten. Den literarischen oder theoretischen Repräsentanten des grün-alternativen politischen Potentials sind argumentative Berührungspunkte mit dem Neokonservatismus durchaus bewußt; gegenwärtig sind dort nach meinem Eindruck vornehmlich die beiden folgenden Umgangsweisen mit dem Problem erkennbar: Einerseits gibt es eine Richtung, die Gemeinsamkeiten mit neokonservativen Positionen nur in der kritischen Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Phänomene sieht und darauf verweist, daß die Gegensätzlichkeit der Zielsetzungen vor einer Vereinnahmung „alternativer“ Einwände gegen Sozialstaatlichkeit und organisierte Arbeitsgesellschaft für neokonservative Zwecke schütze.³ Andererseits gibt es eine Strömung, die zumindest partielle Übereinstimmung mit dem Neokonservatismus auch in der Substanz anerkennt, sie in der gemeinsamen Hochbewertung von Individualität oder auch in den Verbindungslinien von konservativem

³ Als Beispiel für eine darüber hinausreichende, gedanklich schärfere Beschäftigung mit diesem Problem sei genannt der von den Grünen in Baden-Württemberg herausgegebene Sammelband „Die Zukunft des Sozialstaats“. Stuttgart 1984.

Unbehagen an der Moderne und „alternativer“ Ablehnung des Industriesystems positiv begründet sieht.

Was die erste Argumentation angeht, so ist darin meines Erachtens nicht hinreichend erkannt, wie kompliziert der Prozeß der Ideologiebildung in der Gesellschaft verläuft. Es wird zu wenig bedacht, daß Situationsdeutungen eine Eigendynamik haben, die nicht unbedingt durch politische Zielerklärungen kontrolliert werden kann. Ich fürchte, daß „alternative“ Absagen gegenüber einer sozialstaatlich-gewerkschaftlichen Konzeption, auch wenn sie sich gleichzeitig von neokonservativer Politik abgrenzen, nur zu leicht eine ideologische Selbstläufigkeit entwickeln, sich in den Verzicht auf kollektive und vertragliche Regelungen von arbeitsorientierten Interessen umdeuten lassen und damit im Ergebnis einer kapitalorientierten Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse zugutekommen. Der Verweis auf „postmaterialistische“ Einstellungen, auf das Bedürfnis nach Selbsthilfe, auf das Unbehagen an gegenwärtigen Formen gewerkschaftlicher Arbeitnehmervertretung dient dann einem politischen Projekt, das dem angeblichen „Gewerkschaftsstaat“ (das heißt faktisch: der sozialen Vetoposition der Gewerkschaften und der Dominanz des Tarifvertragssystems) den Garaus machen, Staat und Unternehmen von Sozialkosten entlasten und die Not der materiellen Unsicherheit als Tugend erscheinen lassen will.

Weitaus fragwürdiger noch erscheint mir die zweite oben genannte Denkrichtung im grün-alternativen Feld der Politik, die von substantiellen Berührungspunkten mit dem Neokonservativismus ausgeht.

Konservativismus - aber welcher?

Dazu sind einige Zwischenbemerkungen zu machen. Der Sammelbegriff „konservativ“ verdeckt, daß es sich hier um zum Teil ganz unterschiedliche, auch gegensätzliche politische Philosophien handelt. Um dies am Exempel des Subsidiaritätsgedankens zu zeigen: Ideengeschichtlich ist dieser wesentlich der katholischen Soziallehre zuzuordnen, und es drückten sich darin Mißtrauen gegenüber dem „weltlichen“ Staat, ständisch-föderale Gesellschaftsvorstellungen und Gruppeninteressen der Kirche und ihrer Verbände aus. Keinesfalls wollte das Subsidiaritätsprinzip dieser Herkunft den Staat oder das Kapital vor sozialen Ansprüchen schützen und schon gar nicht den Kapitalismus seiner sozialen Hemmungen entledigen. Die katholische Soziallehre war konservativ im Sinne von vorkapitalistischen und kapitalismuskritischen Konzepten; das Subsidiaritätsprinzip war eingebunden in menschenrechtliche, d.h. Existenzrechte für alle Menschen und „soziale Gerechtigkeit“ postulierende Gesellschaftsauffassungen. Soweit oder sobald sich die katholische Soziallehre mit

der kapitalistischen Ökonomie abfiel, war gerade sie es, die den Sozialstaatsgedanken förderte, freilich die Bedingung stellend, daß öffentliche soziale Aufgaben, wo immer möglich, von gesellschaftlichen Verbänden oder Körperschaften der Selbstverwaltung wahrgenommen werden sollten. Von hier aus lassen sich konzeptionelle Verbindungen zum Sozialcorporativismus erkennen - aber mit einem neuen Manchestertum, mit kapitalistischem „Kampf ums Dasein“-Denken (und übrigens auch mit sozialcalvinistischem „Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott“-Denken) haben weder die katholische Soziallehre noch das darin eingebundene Subsidiaritätsprinzip irgendwelche Gemeinsamkeiten. Gäbe es in der Bundesrepublik noch eine wirksame Tradition katholischer Soziallehre, so wäre es kaum denkbar, daß - wie es zur Zeit geschieht - der Abbau des Sozialstaats unter Berufung auf das Subsidiaritätsprinzip schmackhaft gemacht wird.

Hieran wird aber auch deutlich, daß der Neokonservatismus anderen Leitbildern und anderen Überlieferungen folgt als den vielleicht „reaktionären“, vielleicht sozialromantischen, in jedem Falle aber kapitalismuskritischen Ideen eines christlichen Altkonservatismus. Allerdings bedienen sich neokonservative Staats- und Wirtschaftspolitiker gelegentlich gern jener altkonservativen Begrifflichkeit, um Traditionsreste gewissermaßen zu verwerten. Tatsächlich werden solche überkommenen Begriffe damit zu Worthülsen, sie werden in ihrer Substanz entwertet. Was in der Bundesrepublik gegenwärtig im Zeichen der „Wende“ ideologisch passiert, ist nicht - wie grün-alternative „Wertkonservative“ mitunter fälschlicherweise annehmen - eine Rekonstitution altkonservativen Denkens (an die „alternative“ Strömungen dann anknüpfen könnten), sondern vielmehr der „Lagerausverkauf“ der Überbleibsel altkonservativer Tradition - zu Schleuderpreisen.

Für die ideologische Auseinandersetzung in Deutschland hat schon vor 1933 (und 1933 mit vorbereitend) eine andere Variante des Konservatismus eine sehr viel größere Bedeutung gehabt als der Altkonservatismus: Weite Teile der gebildeten Schichten nach dem Ersten Weltkrieg waren fasziniert von den Ideen der „Konservativen Revolution“, einem seltsamen Gemisch aus Zivilisationspessimismus, Verlangen nach „heroischem Leben“, Gemeinschaftseligkeit, Naturglauben und nationalistischem Ressentiment.

Sicherlich ist dies nicht die Gedankenwelt, in der sich heute Männer wie Kohl und Genscher bewegen, aber manchen Intellektuellen im Gefolge der Regierungsparteien sind solche Ideen durchaus nicht fremd, und bei anhaltendem oder sich steigendem Problemdruck der gesellschaftlichen Realität wird der Ideologiebedarf auch hier zunehmen; die Nachfahren von Arnold Gehlen, Carl Schmitt und Hans Freyer halten sich für diese Situation bereit.

Andererseits sind manche Deutungsmuster der „Konservativen Revolution“ im Feld und Umfeld der Grün-Alternativen weit verbreitet; die Anklage gegen das „Industriesystem“, der Drang nach „lebensweltlicher“ Existenz und „Primärerfahrung“ und das „Natur“-Paradigma für Gesellschaft und Geschichte bilden hier Schlüsselpunkte. Wenn zur Zeit bis weit in die Nachfolgegruppierungen der Studentenbewegung hinein die Rede davon ist, man müsse sich „authentische Erfahrungen“ der deutschen Geistesgeschichte wieder aneignen, so sind es nicht (durchaus entdeckbare) andere Traditionslinien, die wieder aufgenommen werden sollen, sondern es geht um die Erbschaft der „Konservativen Revolution“.

Ein „Recht auf Ungleichheit“?

Es versteht sich, daß die politischen Entwürfe der „Neuen Rechten“, die hinter den jetzigen Regierungsparteien in Wartestellung steht, und die der „Lebensphilosophen“ bei den Grün-Alternativen nicht einfach identisch sind; es versteht sich ferner, daß beide wiederum nicht einfach identisch sind mit den Entwürfen der „konservativ-revolutionären“ Richtung zu Zeiten der Weimarer Republik. Aber bei allen sonstigen Differenzen tritt damals wie heute, hier wie dort ein gemeinsames, zentrales Argument auf, nämlich die prinzipielle Negation der „entmündigenden sozialen Verwaltung des Menschen“, als deren Urheber Sozialdemokratie und Gewerkschaften angeklagt werden (und gäbe es als gesellschaftlich wichtigen Faktor noch den Sozialkatholizismus, so würde auch er heute mitangeklagt). Dem „Sozialstaat“ wird entgegengestellt das „Recht auf Ungleichheit“, sei dieses nun sozialbiologisch oder ästhetisch begründet.

Bei Thomas Schmid, Redakteur des Wagenbachschen „Freibeuter“ und Vordenker auf den Wegen von der Neuen Linken über die Ökologie zur alten „Deutschen Bewegung“, kann man einen bemerkenswerten Gedankengang finden: Der industrielle Konsumismus verödet die Lebenswelt; Konsumismus bedarf des Sozialstaats; Sozialstaatlichkeit bedeutet Unfreiheit; wirklich verankert ist das Sozialstaatskonzept bei den Gewerkschaften und der SPD, also dem „Sozialdemokratismus“; nur gegen den „Sozialdemokratismus“ läßt sich eine Alternative zum Sozialstaat durchsetzen, die „Lebens“-Bewegung braucht also Bundesgenossen - warum nicht „ein neues Bündnis von Industrie und Freiheit“, was wohl zu entziffern ist als „historischer Kompromiß“ von Neokonservativen plus Unternehmertum und „neuen sozialen Bewegungen“ (soweit sie den Sozialdemokratismus als „Hauptfeind“ entdeckt haben).⁴

⁴ Siehe dazu Thomas Schmid über „Spätkapitalismus“, in: Freibeuter, Heft 18, 1983, S. 104 ff.

Wolfgang Sachs, ein anderer grün-alternativer Politiker, hat die These aufgestellt, die „grüne Perspektive“ werde „abgetrieben“, wenn man sich in den „gewerkschaftlichen Abwehrkampf, in die gemeinsame Front gegen den Abbau des Sozialstaats“ einreihe. Der Erfolg der Rechten, so Sachs, beruhe wesentlich darauf, daß diese „Überdruß am Versorgungsstaat und Sehnsüchte nach Eigeninitiative“ politisch umsetze; diesen „kulturellen Unterstrom“ müßten „die Grünen auf ihre Mühlen lenken“. Die Kritik an der „Verstaatlichung der Lebensbedürfnisse“ sei ein „gemeinsames Terrain“ für Grüne und Konservative; hier könne von einem „gemeinsamen Erbe“ ausgegangen werden (als welches Sachs dann kurioserweise den „Selbstverwaltungssozialismus“ und die christliche Soziallehre in Anspruch nimmt; diese beiden Traditionen seien durch den „staatsmachtorientierten Sozialismus“ historisch zunichte gemacht worden - Geschichte „alternativ“ zurechtgestutzt!). Sachs fordert: „Schluß mit den Verdrängungen - was da manche Sozialkonservativen zum Ausdruck bringen, ist vielfach auch die Wahrheit der Grünen.“⁵

Warnung vor verkehrten Utopien

Sicherlich sind solche Vorstellungen nicht repräsentativ für die politische Konzeption der Grün-Alternativen oder gar der „neuen sozialen Bewegungen“, aber sie sind dort auch wiederum nicht völlig randständig. Kernpunkt der künftigen Auseinandersetzungen wird dort, so vermute ich, die Frage sein, ob das Verlangen nach „Rückgewinnung von Lebenswelt“ sich ideologisch soweit verselbständigt und von anderen Impulsen ablöst, daß es Priorität erhält gegenüber dem Anspruch auf Gleichheit, d.h. auf Sicherung materieller Existenzmöglichkeiten für alle.

Gewiß ist nicht zu erwarten (aus meiner Sicht: zu befürchten), daß eine solche Art von „Postmaterialismus“ die Massen ergreifen könnte. Aber auch die „Deutsche Bewegung“ oder die Strömung der „Konservativen Revolution“ waren keine Massenbewegungen. Ihre historisch-politische Bedeutung lag vielmehr im Bereich der Ideologieproduktion, in der Umdefinition realer Probleme, in der Verwirrung der Begriffe, in der Destruktion sozialreformerisch-demokratischen Denkens, in der Zerstörung „universalistischer“ (also sozialistischer oder sozial-christlicher oder bürgerlich-egalitärer) Orientierungen zugunsten einer neuen politischen Naturmythologie. Den Gewinn daraus zog damals, mochten sich manche Repräsentanten der „Konservativen Revolution“ dann auch noch so sehr dagegen wehren, die faschistische Massenbewegung. Diese wiederum, mochte sie noch so sehr „Blut- und Boden“-Bilder inszenieren, wurde eingespannt für eine Politik der rapiden großkapitalistischen

⁵ Wolfgang Sachs. Hinter den Ohren noch rot, in: päd. extra. Heft 9/1983. s. 34 ff.

„Modernisierung“. Die irrationale Hoffnung auf Wiederherstellung gesellschaftlicher „Naturzustände“ endete in einem Schub der Durchkapitalisierung von Lebensverhältnissen.

Die gesellschaftspolitische Konstellation in der Bundesrepublik heute ist nicht mit der Lage in der Weimarer Republik gleichzusetzen. Aber es gibt einige strukturell ähnliche Probleme, es gibt manche ideologischen Kontinuitäten, und es gibt in bestimmten Punkten vergleichbare Risiken.

Versuche in Richtung auf soziale Selbsthilfe oder alternative, genossenschaftliche Ökonomie enthalten Chancen für den Ausbau eines demokratischen, egalitär, freiheitlich und solidarisch orientierten sozialen und politischen Potentials. Diese Chancen wären aber verpaßt, die Verkehrung menschenfreundlicher sozialer Utopien in eine sich lebensphilosophisch gebende Lehre von der Notwendigkeit der Ungleichheit läge nur zu nahe, die Instrumentalisierbarkeit für den „ungehemmten Kapitalismus“ käme in Gang - wenn die Kritik an konkreten Ausformungen des „Sozialstaats“ und an der konkreten Politik der arbeitsorientierten Großorganisationen sich zur Negation öffentlicher Daseinsvorsorge überhaupt, zum Selbstverzicht auf kollektive Interessenorganisation und auf rechtlich-vertragliche Regelung der Arbeits- und Lebensbedingungen verleiten ließe.